Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

30.11.1932 (No. 281)

Visual Library

Nr. 281 Mittwoch, den 30. November 1932 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Lage der öffentlichen Finanzen

Ausführungen des Reichsfinanzministers

In der Hochschule für Politik in Berlin sprach am Dienstag Reichsfinanzminister Graf **Schwerin v. Krosigk** über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Der Minister betonte, daß **seit dem Jahre 1929** das gesamte Steueraufkommen (einschließlich Zöllen) in Reich, Ländern und Gemeinden von 13,5 auf 10 Milliarden Reichsmark, die voraussichtlich im Jahre 1932 aufkommen würden, **zurückgegangen** sei, obwohl in dieser Zeit Steuererhöhungen und neue Steuern im Ausmaße von rund 2,5 Milliarden Reichsmark jährlich eingeführt worden seien. In Wirklichkeit sei also seit 1929 ein **Steuerausfall von sechs Milliarden Reichsmark** eingetreten.

Demgegenüber seien die **Ausgaben** für die gesamte Arbeitslosenfürsorge um 1½ Milliarden Reichsmark jährlich gestiegen und würden sich um weitere 1—1½ Milliarden Reichsmark erhöht haben, wenn nicht Kürzungen der Unterstützungssätze und andere Sparmaßnahmen seit dem Jahre 1930 durchgeführt worden wären.

Der Minister legte dann den Zusammenhang zwischen **Steuergutscheinen** und **Arbeitsbeschaffungsprogramm** dar und trat den Besorgnissen entgegen, die hinsichtlich einer zu starken Belastung künftiger Jahre in der Öffentlichkeit geäußert worden sind. Die Belastung der Jahre 1933 bis 1938 würde zwischen 125 und 200 Millionen Reichsmark jährlich aus Schatzanweisungen und aus Steuergutscheinen jährlich 300 bis 500 Millionen Reichsmark betragen, je nach dem Ausmaß der Verwendung von Steuergutscheinen für Mehreinstellung von Arbeitern.

Der Redner schloß mit einem im ganzen doch **zuversichtlichen Ausblick** in die Zukunft unter der Voraussetzung, daß ein gewisses Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse sich wiederherstelle, und daß die Wirtschaft selbst den Weg zu ihren alten guten Prinzipien zurückfinde, und machte sich das jüngst in Düsseldorf geprägte Wort zu eigen: **„Gesunde Wirtschaft in starkem Staate."**

Der Vortrag des Reichsfinanzministers wurde von der riesigen Zuhörerschaft mit wiederholten Beifallskundgebungen angehört, die zum Schluß stürmische Formen annahmen.

Geschäfte zu machen ist nicht Aufgabe der Selbstverwaltung

Auf der gerade im jetzigen Zeitpunkt bedeutungsvollen Tagung des **Langnamvereins** in Düsseldorf führte der Präsident des Deutschen und Preußischen Landkreistages, Dr. **von Stempel** u. a. folgendes aus:

An der Forderung „gesunde Wirtschaft im starken Staat" sind die **Kommunen** in doppelter Beziehung interessiert, und zwar einmal als neben und unter dem Staat stehende Teile der öffentlichen Verwaltung, und sodann in ihrer kommunalwirtschaftlichen Betätigung als Teil der Gesamtwirtschaft. Die Schwierigkeiten in der Selbstverwaltung stellen sich nicht dar als typische Selbstverwaltungskrise, sondern sind Folgen der allgemeinen Krise des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft. Mit einer Beseitigung dieser Krise wird auch die Selbstverwaltung gesunden, die einen Teil wichtigster Aufgaben der öffentlichen Verwaltung auch in Zukunft zu erledigen haben wird und deren Idee in den breiten Massen des Volkes verwurzelt und daher als deutsches Volksgut nicht wegzudenken ist.

In der **wirtschaftlichen Betätigung** der Kommunen werden sich die Landkreise auch künftig auf die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe beschränken, müssen diese aber aus sozialen Gründen für sich fordern. Im übrigen kommt eine Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft nicht in Frage. **Geschäfte zu machen, ist nicht Aufgabe der Selbstverwaltung.** Die augenblicklich chaotischen Zustände in den Gemeindefinanzen können nur durch eine jetzt nicht mehr aufschiebbare grundlegende Finanzreform beseitigt werden. Nebenher muß eine ausreichende Finanzierung der für zahlreiche Gemeindeverbände völlig unerträglichen Wohlfahrtslasten fortgesetzt und eine Bereinigung der Schuldenwirtschaft zwecks Wiederherstellung des Vertrauens in die Kreditfähigkeit getroffen werden.

In der **Finanzreform** ist neben der Übertragung von Steuern zur ausschließlichen und selbständigen Ausschöpfung eine Personalsteuer, die in Relation zu den übrigen Steuern zu setzen ist, erforderlich.

Auch die Landkreise als Teile der öffentlichen Verwaltung sind aufs engste verbunden mit und abhängig von den Forderungen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer an eine gesunde öffentliche Wirtschaft zu stellen berechtigt sind. Diese Gesundung kann nur von gegenseitiger Rücksichtnahme und verständnisvoller Zusammenarbeit erwartet werden. Diese gilt es jetzt mit Beschleunigung zu leisten.

Bayerns Vertretung in Berlin

WTB. **München**, 30. Nov. (Tel.) Der stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat, Ministerialdirektor **Sperr**, ist mit Wirkung vom 1. Dezember dieses Jahres bis auf weiteres mit der Führung der Geschäfte der **bayerischen Gesandtschaft in Berlin** und der stellvertretenden Führung der bayerischen Stimmen im Reichsrat betraut worden.

Im englischen Oberhaus entspann sich am Dienstag eine längere Debatte über die **Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage**, in der Lord Hailsham als Vertreter der Regierung betonte, daß jetzt die unmittelbare Aufgabe darin bestehe, aus der Gesamtheit von Abrüstungs- und Sicherheitsvorschlägen einen allen Ländern gerecht werdenden Plan herauszuarbeiten.

Letzte Nachrichten

Die Lage im Reich

Zusammenkunft Hitler-Schleicher heute nachmittag?

CNB. **Berlin**, 30. Nov. (Priv.-Tel.) **In der Umgebung des Generals von Schleicher rechnet man damit, daß die Besprechung mit Hitler doch heute Nachmittag zustandekommt. Hitler ist von München nicht nach Berlin gefahren, sondern befindet sich zur Zeit in Weimar. Hitlers Fahrtunterbrechung war im Reichswehrministerium schon in den frühen Vormittagsstunden bekannt. Man kann also wohl annehmen, daß Hitler den Reichswehrminister unterrichtet hatte.**

Vermutungen, daß die Besprechungen außerhalb Berlins oder durch einen Mittelsmann des Generals von Schleicher stattfinden könnten, sind nach unseren Informationen abwegig. Es wird darauf hingewiesen, daß Hitler ja von Weimar aus jederzeit mit dem Flugzeug nach Berlin reisen und nach seinem Abflug innerhalb von zwei Stunden in Berlin eintreffen könne. Wie dem Conti-Nachrichtenbüro von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, hat Adolf Hitler seine Fahrt in Jena nicht unterbrochen, sondern ist lediglich auf dem Bahnsteig von Parteimitgliedern begrüßt worden. Er hat sich dann sofort weiter nach Weimar begeben, wo er in einem Hotel Wohnung genommen hat, um von dort die weiteren Dispositionen für seine anläßlich der **Thüringer Kommunalwahlen** stattfindenden Besuche Thüringischer Städte zu treffen. Über die Weiterreise nach Berlin hat Hitler noch nichts verlauten lassen.

Verwaltungsratssitzung der Reichsbahn

Der Rückgang der Einnahmen

WTB. **Berlin**, 30. Nov. (Tel.) Vom 28. bis 30. November 1932 tagte der Verwaltungsrat der **Deutschen Reichsbahngesellschaft** in Berlin.

In den Beratungen über das **Finanzergebnis** wurde festgestellt, daß sich in den verflossenen zehn Monaten des Jahres 1932 der **Rückgang der Einnahmen** gegenüber dem Vorjahr auf 26,6 Prozent, gegenüber dem Jahre 1929 auf 46,5 Prozent beläuft. Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben bisher gegenüber 1931 um 22,1 Prozent, gegenüber 1929 um 36,5 Prozent zurück. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber 1931 um 27,7 Prozent, gegenüber 1929 um 51,2 Prozent zurückgeblieben.

Die Finanzierung der gesamten für die **Arbeitsbeschaffung** vorgesehenen 280 Millionen Reichsmark ist nunmehr gesichert. Der Verwaltungsrat verfügte, nachdem er in der Septembersitzung über die Verwendung der 180 Millionen Reichsmark Beschluß gefaßt hatte, nunmehr auch über die Verteilung der noch restlichen 100 Millionen Reichsmark. Sie werden für Oberbau, sonstige bauliche Anlagen, für Fahrzeuge, Maschinen, sowie für Neubauten verwendet.

Der französisch-russische Nichtangriffspakt

Litwinow zu Herriots Sicherheitsidee

WTB. Moskau, 30. Nov. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) (Tel.) In einem Interview äußerte sich der Volkskommissar Litwinow über den nun unterzeichneten Nichtangriffspakt zwischen Sowjetrußland und Frankreich.

Die Unterzeichnung des Abkommens mit **Frankreich**, erklärte er, erhöht die Bedeutung der Ratifizierung des Paktes mit **Polen** und umgekehrt. Bei der Solidarität der gesamten bürgerlichen Welt sehen wir nicht ein, daß spezifisch nationale Interessen Frankreichs die Bekämpfung der Sowjetunion erfordern würden. Die sowjetfeindliche Propaganda sei in Frankreich nicht allein von den Franzosen betrieben worden, um die französische Republik dem sowjetfeindlichen Block einzuverleiben. Der Pakt müsse den Weg zur Lösung der dringend notwendigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern freimachen. Es unterliegt keinem Zweifel, so führte Litwinow weiter aus, daß die Idee des Nichtangriffspaktes sich auf der Linie der Bestrebungen **Herriots** bewege. Seine Idee von der **Sicherheit** ist uns durchaus nicht fremd, wir begrüßen seine letzte Erklärung, daß die Garantierung der Sicherheit aller Staaten anzustreben sei. Zum Schluß erklärte Litwinow, daß die Sowjetunion, trotzdem sie nicht Mitglied des Völkerbundes sei, jede Maßnahme unterstützen werde, die sich gegen jeden Friedensstörer richten würde.

Die antisemitischen Ausschreitungen in Polen

CNB. **Warschau**, 30. Nov. (Priv.-Tel.) Die **antisemitischen Ausschreitungen in Polen** halten an. In **Lemberg** wurde gestern der in einer Messerstecherei von einem Juden getötete polnische Student bei ungeheurer Beteiligung des Publikums begraben. Auf eine heimkehrende Gruppe ist aus einem Haustor ein **Schuß** abgegeben worden, der einen Studenten zu Boden streckte. Angeblich fiel der Schuß von einem **kommunistischen Provokateur** jüdischer Nationalität. Daraufhin begannen von neuem die antisemitischen Kundgebungen. Polizei mußte wiederholt eingreifen.

Im Bullerjahn-Prozeß in Leipzig sagte am Dienstag der Angeklagte Bullerjahn in seinem Schlußwort, er könne nur wiederholen: „Ich bin unschuldig." Die **Urteilsverkündung** wurde für **Samstag**, den 3. Dezember, mittags, angesetzt.

*Vor der Wiederkehr des Herrn von Papen?

Die akute Regierungskrise in Berlin dauert nunmehr zwei Wochen, und an ihrem Ende wird wahrscheinlich eine Lösung stehen, die **keine Lösung ist.** Mancherlei hat sich in den letzten Tagen abgespielt, was das Herz des Patrioten nur mit banger Sorge erfüllen kann.

Wir erleben dort in Berlin ein politisches **Durcheinander**, wie es gar nicht schlimmer sein kann. Man stelle sich einmal folgendes vor: Herr **von Papen**, der **eine** Vertrauensmann des Reichspräsidenten, hat bisher den „Marxismus aller Schattierungen", also auch die Gewerkschaften, soweit sie Parteipolitik treiben, aufs schärfste bekämpft und mit dieser seiner Einstellung überhaupt erst die Voraussetzung für die treue Gefolgschaft der Deutschnationalen geschaffen. Was aber tut der **andere** Vertrauensmann des Reichspräsidenten, Herrn **von Schleicher?** Mit der Aufgabe einer Sondierung betraut, versucht er als Erstes die **Fühlungnahme mit der Sozialdemokratie und mit den Gewerkschaften.** Ein stärkerer Gegensatz läßt sich gar nicht denken. Und doch gelten nach wie vor Herr von Papen **und** Herr von Schleicher (zusammen mit dem Staatssekretär Dr. Meißner) als die Hauptberater des Reichspräsidenten.

Man verstehe uns nicht falsch! **Wir** haben von unserem Standpunkt aus gewiß nichts dagegen, daß der Vertrauensmann des Reichspräsidenten auch mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen verhandelt. Im Gegenteil! Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß es nicht angängig ist, die Sozialdemokratie oder die Gewerkschaften grundsätzlich von der positiven Mitarbeit am Staate, von der Teilnahme an der Regierung auszuschließen. Und an dieser prinzipiellen Überzeugung wird sich wohl auch kaum jemals etwas ändern. Etwas ganz anderes aber ist es, wenn jemand, der die Sozialdemokratie und die Politik der Gewerkschaften für das Krebsübel unserer gesamten inneren Politik hält und dieses Übel mit aller Macht bekämpft, Unterhandlungen billigt, die nichts anderes bezwecken, als eine **Tuchfühlung** zu den Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie zu gewinnen.

Von vornherein hatte der Reichspräsident — und zwar vermutlich doch mit Zustimmung des Herrn von Papen — bei den Parteiführerempfängen vor 10 Tagen die Sozialdemokratie ausgeschlossen. Und die Leitartikel der Herrn von Papen nahestehenden Presse forderten gerade in der letzten Zeit die strikte Beibehaltung einer politischen Linie, die von der Sozialdemokratie **fortführt.** Sowohl der Reichspräsident wie auch Herr von Papen haben aber nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß Herr von Schleicher seinerseits bei seinen Sondierungen bei der Sozialdemokratie und bei den Gewerkschaften begann. Das sind Widersprüche, die niemand wird aufklären können, Widersprüche, die einen unheilvollen Eindruck machen müssen, weil man aus ihnen ersieht, daß ein **einheitlicher** Kurs in Berlin **nicht** gesteuert wird.

Natürlich hat sich Herr von Schleicher bei der Sozialdemokratie und den ihr nahestehenden Gewerkschaften in der entscheidenden Frage einen **Korb geholt.** Man ist dort **nicht** bereit, ein Kabinett Schleicher zu tolerieren. Die andere Idee, mit einer durch den Hinzutritt von Zentrum und Bayerischer Volkspartei verstärkten Minderheit vor das Parlament zu treten, hat Herr von Schleicher erst gar nicht verfolgt. Mit aller Energie warf er sich statt dessen auf den Versuch, die Tolerierung der **Nationalsozialisten** zu erreichen.

Hitler befand sich diesem Versuch gegenüber in einer schwierigen Lage. Er hatte nach dem Scheitern seiner Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten klipp und klar verkünden lassen, daß die NSDAP. ein **jedes** Kabinett aufs schärfste bekämpfen werde, **das nicht ein Kabinett Hitler sei.** Andererseits war Herr von Schleicher von jeher so eine Art Liebling der Nationalsozialisten. (Ob mit Recht oder Unrecht, darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zu zerbrechen.) Jedenfalls mochte man Herrn von Schleicher nicht gern vor den Kopf stoßen. Und so ist es wohl zu erklären, daß sich Herr **Hitler** auf die Bitte Schleichers hin entschlossen hat, heute nach Berlin zu fahren, und mit ihm **nochmals zu verhandeln.** (Von nationalsozialistischer Seite wird übrigens die Richtigkeit dieser Berliner Meldung bestritten.)

Was bei diesen Verhandlungen herauskommen soll, ist nicht recht ersichtlich. Denn wie die nationalsozialistische

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Presse betont, ist an eine Änderung der politischen Haltung der Partei, also an die Tolerierung des Kabinetts Schleicher, **nicht** zu denken. Es wird deshalb die Vermutung ausgesprochen, daß Herr Hitler nur deshalb zu der Besprechung fahre, um Herrn von Schleicher damit seine persönliche Hochachtung auszudrücken, und um ihn dringend zu warnen, das Kanzleramt anzunehmen und sich so in kurzer Zeit politisch verbrauchen zu lassen.

Inzwischen ist hinten herum ein **starker Druck auf Hitler** ausgeübt worden. Ob auf Anweisung des Herrn von Schleicher oder des Herrn von Papen hin, weiß man nicht. Herr Hitler soll durch diesen Druck zu einer Art **Waffenstillstand** für die Dauer von 2 bis 3 Monaten bewogen werden. Man droht ihm für den Fall, daß er nicht nachgibt, ein **Wiederaufleben des Kabinetts von Papen** an. Dieses neue Kabinett werde sich dann aber von vornherein als **Kampfkabinett** betätigen und in der schroffsten Weise **auch gegen die NSDAP. und die SA. vorgehen,** deren **erneute Auflösung** geplant sei.

Aus Berlin wird versichert, daß heute nachmittag, spätestens morgen früh, die **Entscheidung** des Reichspräsidenten erfolgen wird. Da mit dem Verzicht Schleichers zu rechnen ist, wird die Ernennung des Herrn von Papen zum Reichskanzler erwartet. Was diese Ernennung zu bedeuten hätte, brauchen wir hier nicht extra zu betonen.

Kurze Nachrichten

Reichsfinanzminister a. D. Dietrich ist als **Rechtsanwalt** bei den drei Berliner Landgerichten zugelassen worden. Er folgt damit dem Beispiel anderer hoher Beamter, die aus der Verwaltung ausgeschieden sind, wie z. B. des früheren Oberpräsidenten Dr. Falck, der sich ebenfalls in Berlin niedergelassen hat, und dessen früheren Amtskollegen Dr. Siehr und Dr. Lippmann, die in Königsberg bzw. Stettin Anwälte geworden sind. Minister Dietrich teilt, der „N. Bad. Landesztg." mit, daß er schon vor längerer Zeit beim preußischen Justizministerium seine Zulassung als Rechtsanwalt erwirkt habe, er betont aber, daß er bisher von dieser Zulassung keinen Gebrauch gemacht habe.

Der Hansabund appelliert an Hindenburg. Das Präsidium des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie hat an den Reichspräsidenten v. Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem der Hansabund die dringende Bitte ausspricht, die deutsche Wirtschaft durch Verwirklichung des **Wirtschaftsprogramms von Münster** frei von allen handelspolitischen Störungen zu sichern. Das deutsche Schicksal sei davon abhängig, daß durch die Freimachung der produktiven Kräfte der Privatwirtschaft die sozialen und staatspolitischen Notstände schnell überwunden werden.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der thüringischen Regierung. Die thüringische Staatsregierung gibt soeben ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm bekannt, für das 5 Millionen RM. vorgesehen sind, die restlos der thüringischen Wirtschaft, dem Bauhandwerk, dem Gewerbe und dem Handel zufließen sollen.

Kleine Chronik

Einem Leipziger Goldwarenhändler wurden in **Berlin** aus seinem verschlossenen, jedoch unbeaufsichtigt dastehenden Auto 3 Lederkoffer mit **Goldwaren** im Werte von etwa **30 000 RM. entwendet.**

In **Braunschweig** wurde aus der Oker der 46jährige frühere Postschaffner **Paul Dura,** der im städtischen Armenhaus wohnte, als Leiche geborgen. Er hat am Montagabend seine Wohnung verlassen. Es liegt anscheinend ein **Mord** vor. Über die Täterschaft bestehen bereits bestimmte Verdachtsmomente.

Im Stollen eines Bergwerks in **Hrasnik** bei Laibach (Südslawien) **explodierte der Motor** einer Lokomobile. **6 Personen** wurden **getötet,** 3 schwer verletzt.

Auf den **Warschauer Hochschulen** kam es ebenfalls zu Ausschreitungen. Die jüdischen Hörer wurden von den polnischen nationalistischen Studenten aus dem Hörsaal herausgeprügelt. Die Universität wurde geschlossen. Auf der **Wilnaer Universität** wurden drei jüdische Studenten während einer Schlägerei schwer verletzt. In **Czenstochau** wurden Juden überfallen und verprügelt.

„Japan"-Film in den Bad. Lichtspielen in Karlsruhe

Ein volles Dutzend Jahre unentwegten Bestehens im Sinne einer mehr lehrhaften denn bloß unterhaltsamen Tätigkeit müßten eigentlich allein schon der auch durch Reklame nicht allzusehr aufgeblendeten Entwicklung der **Badischen Lichtspiele** einen besonderen Rückblick garantieren. Doch als nur gelegentlicher Besucher der dort im kulturellen Bilddienst geleisteten Arbeit fühlt sich dafür der Referent nicht zuständig, dagegen aber um so stärker verpflichtet, auf das jetzt laufende Festprogramm nachdrücklichst hinzuweisen. Denn besonders die **„Nippon"** betitelten Film-Bildstreifen bezeugen wieder eindeutig, was die im Konzerthaus vorgeführte Produktion weit über gewohntes Kinotheater erhebt, und dabei bildet auch das oft mit Recht beklagte Vordringen des Tonfilms keine unüberwindliche Schranke, insofern die Klangapparatur zumindest in den beiden ersten Teilen des Werkes sich willig und taktisch richtig absolut der gedrehten Leinwand beischaltet. Natürlich ist der Stil des gerade jetzt gewählten Filmes erst allmählich geworden und u. a. ohne aus russischer Quelle bezogener Einwirkung kaum denkbar. Aber daß es gerade dieser erste aus Japan kommende Tonfilm sein wird, der zweifellos rückläufig auch wieder die an ihm übrigens beteiligte deutsche Industrie beeinflußt, gibt doch zu denken und beweist leider, wieweit wir inzwischen im eigenen Land fast bis zum Stillstand zugunsten des täglichen Gebrauchszweckes die nun einmal auch dem Laufstreifen innewohnende künstlerische Möglichkeiten gestoppt haben. Wenn nämlich der Raum dunkel wird, und der Vorführungsapparat zu surren beginnt, befindet man sich gleich auf erhöhtem Standort und erfährt aus den beiden der japanischen Geschichte gewidmeten Filmausschnitten, daß das durch eine geschickte Kamera festgehaltene Bildmaterial keineswegs immer Kitsch zu sein braucht, ja daß nur der eingeschlagene Weg entscheidet. Im Endteil allerdings rückt dann auch Japan in ganz gefährliche europäische Nähe und ist nicht mehr so recht der Einzelgänger, den wir bisher als vorbildlich für uns schilderten.

Das Beiprogramm wirkt außerdem fesselnd, insofern man in der gleich zu Anfang abgespulten „Harlekin"-Groteske noch studieren kann, welch seltsame, ja unheimliche Mischung von Realität und Unwirklichkeit heute mit simpeln aus Blech geschnittenen, aber vielfach beweglichen Figuren zu bewerkstelligen ist.

H. Sch.

Die Kirchenverträge vor dem Landtag

2. Sitzung

DZ. **Karlsruhe,** 30. November 1932

Wie stets an „Großen Tagen" sind die Tribünen sehr gut besetzt. Auch die Besetzung des Hauses weist fast keine Lücke auf.

Präsident **Duffner** eröffnet kurz nach halb 10 Uhr die Sitzung mit der Verlesung zahlreicher Eingänge. Er teilt weiter

ein Schreiben des sozialdemokratischen Abgeordneten Rückert

mit, worin dieser seine **Ämter als Staatsrat und stellvertretender Innenminister niederlegt.**

Der **Präsident** zollt dem bisherigen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung aufrichtige Dankesworte für die dem Lande geleisteten Dienste. (Beifall der Mehrheit.)

Er beglückwünscht dann den Landtagsstenographen **Wohn** zu seinem 25jährigen Dienstjubiläum, und gedenkt schließlich des

Unglücks auf dem Schauinsland.

Er ist überzeugt, daß das Vertrauen in die Sicherheit der Bahn nicht verloren geht und sie in Bälde ihre Aufgabe, den Einheimischen und den Fremden die landschaftlichen Schönheiten des Schauinsland zu zeigen, wieder aufnehmen kann. Daß von seiten der beteiligten Stellen alles getan wird, um die Wiederholung eines solchen Unglücks für alle Zeiten zu verhindern, hält der Präsident für selbstverständlich. Er spricht den Angehörigen der tödlich Verunglückten die Teilnahme des Landtags aus. (Die Abgeordneten hatten sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben.)

Die Verträge mit den Kirchen

Das Haus nimmt zunächst Stellung zu

einem Deutschnationalen Antrag,

die Kirchenverträge **von der Tagesordnung abzusetzen.**

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Dnatl.) begründet das Verlangen seiner Gruppe mit dem Hinweis, daß die Zusammensetzung des Landtags dem Volkswillen nicht mehr entspreche und das Haus deshalb nicht berechtigt sei, ein derart wichtiges Vertragswerk zu verabschieden. Dazu komme die politische Gesamtsituation, infolge des Auseinanderfallens der Koalition.

Abg. Dr. **Föhr** (Ztr.) ist gegen den Antrag, der bedeuten würde, daß die Verträge vor 1934 nicht ratifziert werden könnten. Dem Vertragspartner jetzt aber eine Antwort zu geben, sei eine Pflicht der Loyalität. Der Landtag sei übrigens **auf vier Jahre gewählt** und könne auch im vierten Jahre im Auftrage seiner Wähler handeln. Der Redner wendet sich ferner gegen die Auffassung, als ob nach dem Rücktritt eines Kabinettsmitgliedes die Regierung nicht mehr bestehe.

Abg. **Martzloff** (Soz.) lehnt den deutschnationalen Antrag ab, während die Abgeordneten **Hofheinz** (Dem.) und **Ewald** (Ev. Vd.) eine Zurückstellung der Verträge unter den gegenwärtigen Umständen für zweckmäßig halten.

Abg. **Klausmann** (Komm.) ist gegen den Antrag. Er spricht von „Schandverträgen" und wird dafür zur Ordnung gerufen.

Abg. **Köhler** (Natsoz.) schließt sich dem deutschnationalen Standpunkt an und fügt hinzu, daß seine Fraktion an einer Beratung auch deshalb kein Interesse habe, weil die größte Partei des Landes keine Möglichkeit zur Mitarbeit hatte.

Abg. Dr. **Waldeck** (DVp.) ist gegen den **Vertagungsantrag,** der alsdann mit großer Mehrheit gegen 16 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, des Evang. Volksdienstes und der Demokraten **abgelehnt** wird. — Dann nimmt

Abg. Dr. Föhr als Berichterstatter

das Wort. Er hat dem Hause einen erschöpfenden schriftlichen Bericht vorgelegt, den er durch längere mündliche Ausführungen ergänzt. Dr. **Föhr** bemerkt u. a., indem er auf die Schwierigkeiten beim Zustandekommen des **evangelischen Kirchenvertrages** hinweist, daß die Regierung alles getan habe, um eine Imparität infolge des Zwiespaltes im evangelischen Lager zu verhindern. Nur auf dem Wege eines Kompromisses konnte man zu einem Ergebnis kommen.

In der Aussprache ergreift als erster Redner

der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Baumgartner

das Wort. Wohl selten habe ein Gesetzentwurf ein so starkes Interesse, aber auch solch leidenschaftliches Echo in der Öffentlichkeit gefunden, wie die Kirchenverträge.

Nicht immer sei die Kritik geschehen mit dem Willen zum inneren Frieden. Selten sei man einem Gesetz mit mehr Vorurteilen begegnet als dem vorliegenden. Aus Kulturkampfgelüsten heraus sei man dem Konkordat mit sachlich unberechtigter Voreingenommenheit gegenübergetreten. Man habe der Regierung nachgesagt, sie hätte unnötig Zündstoff in unser sonst friedliches Land geworfen.

Hierzu stellt der Minister fest:

Die badische Regierung ist sich von Anfang an der Pflicht dem Staat gegenüber voll und ganz bewußt gewesen.

Eine Belehrung über Wahrung staatlicher Interessen muß ich ablehnen.

Ich möchte das Haus bitten, an seine Aufgabe heranzutreten frei von Vorurteilen, frei vom Druck der Straße und von Entschließungen, mit dem ehrlichen Willen zur sachlichen Arbeit und gerechtem Urteil.

Der Minister fährt fort, es werde nie eine absolute und restlose Trennung von Staat und Kirche geben, es sei denn, daß man die Kirche auf den Stand eines reinen Privatvereins herabdrückt. Es seien immer Berührungspunkte vorhanden. Man sollte aus der primitiven Auffassung vom Staatskirchentum herausgewachsen sein und anerkennen, welche Bedeutung der Kirche in kultureller und sozialer Beziehung zukommt. Wir haben also **alles Interesse** daran, zu einer **Verständigung** zu gelangen, um damit dem inneren Frieden zu dienen. Aus dieser Gesinnung heraus ist man an das Werk herangetreten, das nun nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossen vor Ihnen liegt.

Der Minister gibt dann einen bis zum Jahre 1801 (Luneviller Frieden) zurückgehenden **historischen Rückblick,** um damit die **Notwendigkeit einer Klärung und Neuregelung der Verhältnisse** zu begründen.

Der Minister führt weiter aus: Es ist nicht so, daß der Staat nur der gebende, die Kirche der nehmende Teil sei. **Rechte und Pflichten sind sehr wohl ausbalanciert worden.** Es ist nicht so, als ob wir einfach Rechte hingegeben hätten. **Ich möchte die Konkordatsgegner auffordern, zu erklären, wo der Staat wirklich ein Hoheitsrecht aufgegeben hat.** Umgekehrt hat **die Kirche** eine ganze Reihe von Rechten, die ihr auf Grund der **Reichsverfassung** zustehen, zugunsten der Staatseinmischung aufgegeben. Ich erinnere an die Amterbesetzung, an ein gewisses Mitwirkungsrecht bei der Bischofswahl, die Bestimmungen über die Voraussetzungen für die Ausbildung der Geistlichen und eine ganze Reihe anderer Bestimmungen. Auf der anderen Seite ist es klar, daß der Staat **entgegenkommen** mußte. Aus den Verträgen an irgend einer Stelle eine innere **Imparität herauszulesen,** hält der Minister **für unmöglich.** Man könne von einer Imparität nicht sprechen, wo sie im Wesensunterschied begründet sei.

Der Minister schließt mit einem nochmaligen **Appell an das Haus zur vorurteilslosen Behandlung** der Verträge, die ein **Werk des religiösen Friedens** und **wahrhafter Toleranz** seien. (Starker Beifall im Zentrum.)

Für die Deutschnationalen

spricht Abg. Dr. **Schmitthenner.** Er beginnt gleichfalls mit geschichtlichen Darlegungen. Die **evangelische Kirche** sei ein einseitig staatsverbundener Körper, im Gegensatz zur katholischen Kirche, die eine außerhalb der Grenzen stehende Macht darstelle. Das schließe nicht aus, daß beide gleichwertig behandelt werden. Die beiden Verträge bildeten ein unlösbares Ganze und müßten unter **ein** Mantelgesetz kommen. Jetzt bestehe die Gefahr der Imparität dadurch, daß der eine Vertrag angenommen, der andere abgelehnt würde. Das wäre ein unerträglicher Zustand. Dem wolle man auf Seiten der Deutschnationalen mit dem Antrag auf Vorlegung eines einzigen Mantelgesetzes begegnen.

Der Redner fordert auch die innere Parität, die jedoch der gegenwärtige Entwurf nicht mehr besitze. Das treffe insbesondere auf die Besetzung der **theologischen Lehrstühle** in Freiburg und Heidelberg zu. Die evangelische Kirche dürfe hier unter keinen Umständen schlechter gestellt werden als die katholische. Die überwiegende Mehrheit der hinter den Deutschnationalen stehenden evangelischen Kreise stehe auf dem Standpunkt, daß die Rechtsgleichheit beider Kirchen wichtiger sei, als die Rücksicht auf die Wünsche der akademischen Lehrer. Die Synode habe im höchsten Widerstreben unter Zwang dem Vertrage zugestimmt. Für eine politische christliche Partei sei dies aber kein Grund, Zweckmäßigkeitsgründe gelten zu lassen. Wir fordern nachdrücklich auch die innere Parität.

Einen weiteren Mangel des Vertragswerkes sieht der Redner darin, daß die religiös-sittlichen Belange nicht ausreichend gewahrt würden. Auch hegt er Zweifel, ob die staatspolitischen Bindungen für Baden von Vorteil sind. Das **preußische Vorbild** wäre besser gewesen. Dr. Schmitthenner meint, die kulturpolitische Unausgeglichenheit der bisherigen Koalition, Zentrum-Sozialdemokraten, wie sie beim Konkordat zutage getreten sei, habe notwendig zum Bruch führen müssen. Durch Geheimniskrämerei habe man die Front der Konkordatsgegner nur gestärkt. Es sei auch zu tadeln, daß man die Oppositionsparteien von einer positiven Mitarbeit völlig ausschloß. Etwas Unvollkommenes, das Mißtrauen säe, erblickt der Redner schließlich in der Regelung der **Schulfrage.** Der sachliche Inhalt der Verträge bestimme die Deutschnationalen zu einem **Nein.**

Um 1 Uhr wird die Debatte abgebrochen. — Nachmittags halb 4 Uhr Fortsetzung.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In **Waldauerbach** (Amt Mosbach) brachte die ergebnislos verlaufene Bürgermeisterwahl 38 Stimmen für den Sohn des verstorbenen Bürgermeisters Ludwig Friedel, und 37 Stimmen für den Bauernvereinsvorstand Martin Scheuermann. Auf einen dritten Kandidaten fielen 3 Stimmen und 5 Stimmen waren ungültig. Es wird binnen kurzem ein zweiter Wahlgang erfolgen. — In **Lützelsachsen** (Weinheim) wurde der nationalsozialistische Kandidat **Mildenberger** mit 383 Stimmen im zweiten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt, gegen den bürgerlichen Gauber mit 106 und den Kommunisten Jöst mit 229 Stimmen.

Beginn der Seckachkorrektion. Nachdem die technischen Vorarbeiten beendet sind, wird am Montag das Projekt der Seckachkorrektion mit den Grabarbeiten in Angriff genommen. Das Unternehmen wird im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes unter der Aufsicht des Arbeitsamts **Mosbach** durchgeführt. Das Arbeitsprojekt soll Mißstände mancherlei Art, insbesondere aber die Hochwassergefahr, beseitigen.

Der Gemeinderat Mosbach hat in seiner letzten Sitzung Kenntnis genommen von einem Schreiben des Bürgermeisteramts an die Firma Thams & Garfs, Sitz Hamburg, die in Mosbach eine Filiale ihres Lebensmittelbetriebes eröffnen will. Er schloß sich dem **Protest des Bürgermeisteramts** gegen die Niederlassung dieser Firma nachdrücklichst an. Die Stadt habe kein Interesse an diesen fremden Firmen, die keinerlei Gemeindeumlagen bezahlen und die ortsansässigen Geschäfte ruinieren.

Vom Bürgerausschuß Endingen wurde der Gemeindevoranschlag unter Stimmenthaltung der Nationalsozialisten angenommen. Zur Deckung des Voranschlags werden folgende Umlagesätze erhoben: 67 Rpf. vom Grundvermögen, 25 Rpf. vom Betriebsvermögen und 4,80 RM. vom Gewerbeertrag. Dazu kommt die Kreisumlage. Auch die Voranschläge der Gas- und Elektrizitätsversorgung, der Brunnen- und Spitalfondskasse fanden einstimmige Genehmigung.

Bezirksrat Waldshut. In der letzten Sitzung des Bezirksrates unter Vorsitz des Landrat Dr. **Hofheinz,** wurde der Vereinigung der Orte Birndorf und Schadenbirndorf zur Einheitsgemeinde **Birndorf** zugestimmt. Weiter wurden von der Versammlung Sachverständige zur Abschätzung von Flurschäden gewählt, welche bei etwaigen Truppenübungen im Jahre 1933 in Aktion treten sollen.

Vorläufig kein Bahnbau Seebrugg—St. Blasien. Eine an das Finanzministerium gerichtete Eingabe der Gemeinde St. Blasien wegen Weiterführung der Dreiseenbahn nach St. Blasien wurde an das Reichsverkehrsministerium weitergeleitet. Wie nun innerhalb des Gemeinderats mitgeteilt wird, müssen die verfügbaren Mittel der Reichsbahn für betriebsnotwendige Arbeiten an bestehenden Bauten frei gehalten werden. Da aber auch das Reich durch die Fertigstellung der im Rahmen des Osthilfegesetzes zur Ausführung kommenden Verkehrsverbindungen stark in Anspruch genommen ist, muß der Plan zurückgestellt werden. Damit ist die Ausführung der Reststrecke der Dreiseenbahn ihrer Verwirklichung wieder ein Stück ferner gerückt.

Böhrenbachs Finanzen. Im Bürgerausschußsaal von Donaueschingen fand eine Sitzung statt, an der Vertreter der Regierung aus Karlsruhe, die Staatsaufsichtsbehörde (Bezirksamt Donaueschingen) und der gesamte Gemeinderat der Stadt **Böhrenbach** teilnahmen. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich. Sie galten der außerordentlich prekären Finanzlage der Stadtgemeinde Böhrenbach.

Der Bürgerausschuß Marlen stimmte dem Voranschlag für 1932/33 mit 44 gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen zu. An Umlage werden erhoben 17 Rpf. vom Grundvermögen, 7 Rpf. vom Betriebsvermögen und 123 Rpf. vom Gewerbeertrag.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Teil

Stellvertretender Innenminister Rückert zurückgetreten

Der sozialdemokratische Abgeordnete **Rückert** hat in einem Schreiben an den Landtag sein **Amt als Staatsrat und stellvertretender Innenminister niedergelegt.** Damit ist die **Sozialdemokratie endgültig aus der Regierung ausgeschieden.**

Abschiednahme des stellvertretenden Innenministers Rückert

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

** Heute (Mittwoch) vormittag ½11 Uhr verabschiedete sich der stellvertr. Minister des Innern, Staatsrat **Rückert**, im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern von den Beamten und Angestellten des Ministeriums. Er sprach ihnen seinen Dank für die während seiner Interimszeit geleistete treue Mitarbeit aus. In seinen Abschiedsworten wies er darauf hin, daß die kommenden Monate den Beamten des Ministeriums sehr viel Arbeit und große Verantwortung in sozialer Hinsicht und inbezug auf die Lösung anderer Aufgaben bringen würden.

Ministerialdirektor **Weitzel** dankte dem Minister namens der Beamtenschaft für das Vertrauen, das dieser seinen Mitarbeitern stets entgegengebracht habe; ebenso für die vorzügliche Zusammenarbeit. Namens der Beamten und Angestellten wünschte er dem Minister alles Gute.

Erster Bauabschnitt des Schluchseewerks eingeweiht

Am vergangenen Samstag wurde die **Baubeendigung der Schluchseewerksperre**, womit der Gesamtbau der **ersten Stufe** des Schluchseewerkes seine Vollendung gefunden hat, gefeiert. An der Feier beteiligten sich die Direktoren der drei bauausführenden Firmen der Arbeitsgemeinschaft, Grün & Bilfinger, Holzmann und Hoch und Tief, die Ingenieure und Angestellten, als Vertreter der Regierung, Landrat **Münch** von Neustadt, vom Wasser- und Straßenbauamt Baurat **Schurhammer**, außerdem Oberbaurat Dr. **Schnarrenberger**. Zuerst fand eine Begehung der Sperre statt und nach der Besichtigung erfolgte in der Werkkantine ein Imbiß. Im Rothaus versammelten sich die Teilnehmer zu der eigentlichen Feier. Dr. **Hügler**, Mannheim, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, gab in seiner Festrede einen Überblick über die Bauzeit, die vom Mai 1929 bis jetzt reichte.

Ein badisch-hessisches Kanalprojekt

Zur Zeit ist man mit dem Entwurf eines neuen Kanals beschäftigt, der bei **Weinheim** von der badisch-hessischen Grenze über das Ried an den Altrhein und von da bis zur **Mainspitze** gehen soll. Es handelt sich dabei um einen von Kulturbauinspektor **Ritter** vom Kulturbauamt Darmstadt entworfenen und ausgearbeiteten Plan für den Bau eines Kanals von der badisch-hessischen Grenze an der Bergstraße bis zur Mainspitze. Auf Grund des Profils besteht die Möglichkeit, den Kanal auch zu Kraftzwecken auszunutzen. Vom Rhein her bis nach **Griesheim** kann der Kanal schiffbar gemacht werden. Bei **Griesheim** ist nach dem Projekt die Errichtung einer **Staustufe** vorgesehen, die ungefähr in die Gegend des Pferchwiesengeländes käme. Im Anschluß hieran ist die Möglichkeit zur Errichtung eines Kraftwerkes gegeben. Der Kanal könnte sowohl im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes, als auch durch die produktive Arbeitslosenfürsorge gebaut werden. Er gliedert sich in den bereits vom Hessischen Landtag beschlossenen Generalkulturplan für das Ried an. Insgesamt könnte durch den Kanal rund 26 000 Hektar Land an der Bergstraße und im Ried entwässert werden.

25 Jahre Neckarkanalprojekt

Am 24. November 1907 befaßte sich in **Eberbach a. N.** eine Versammlung zahlreicher Interessenten der Neckarschiffahrt mit dem Projekt der Neckarkanalisierung. Es dauerte bis zum Jahre 1920, bis der Verwirklichung nähergetreten werden konnte, nachdem in der Zwischenzeit Verbände und die Neckarländer Baden, Hessen und Württemberg sich für das Projekt eingesetzt hatten. 1920 bewilligte die Deutsche Nationalversammlung 10 Millionen für den Neckarkanal. 1922 wurde mit dem Bau der ersten Staustufen begonnen, zu denen die Staustufe Neckarsulm gehört.

Aus der badischen Industrie

Das Gipswerk Limburg-Badenweiler, welches letzten Winter monatelang stillag, kann diesen Winter seinen Betrieb aufrechterhalten. Es sind genügend Aufträge, besonders aus dem Elsaß, auf Rohgips vorhanden, während der Absatz an Baugips ein geringer ist.

Aus der Landeshauptstadt

An den drei Sonntagen vor Weihnachten (4., 11. und 18. Dezember) sind die **Ladengeschäfte** von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends geöffnet.

Colosseum-Theater. Mit einem neuen Schlager trat gestern abend die Gastspieltruppe **Weißweiler und Schmitz** vor die Rampe. **„Die Kölner Filiale"** betitelt sich der dreiaktige Schwank, von Kraatz und Neal, der mit einer gehäuften Situationskomik die Zwerchfellmuskulatur außerordentlich in Anspruch nimmt. **Carl Schmitz**, der als Kaufmann Möller von der Verlobung seiner Tochter Annemarie, mit dem dreimal schüchternen, sich zum Dichter berufenfühlenden Großkaufmannssohn Max Andersen (O. E. Steinbrecher), zunächst nichts wissen will, und seiner Frau — um die gelegentlichen Vergnügungsabstecher nach Köln zu begründen — eine Geschäftsfiliale daselbst vorgegaukelt hat, kommt in allerhand Schwierigkeiten bei diesem Manöver. Glücklicherweise besorgt ihm Kohnstein, sein Buchhalter (Ernst Land), in dem Weinreisenden Peter Neumann **(Josef Weißweiler)**, den notwendigen Kompagnon, der mit erschütternder Seelenruhe ihm über die übelsten Verlegenheiten hinweghilft und sogar sein Sekundant beim Duell gegen den vermeintlichen Schänder der Ehre seiner Frau, den spanischen Granden und Schlangenhändler Diego Hermanez (Hans Thyssen) wird. Was dessen Klapperschlange an Unheil anrichtet, zeigte der Schluß des zweiten Akts, mehr soll nicht gesagt werden. Die beiden, genügend bekannten Komiker rissen in glänzender Mimik und Witzen das Haus in einen Lachtaumel hinein, der Dank des trefflichen Zusammenspiels aller übrigen Kräfte bis zum Schlußtableau anhielt. Köstliche Unterhaltungsstunden gab es aus der konzentrierten Fülle des in dem Schwank gebotenen Humors. —l.

Ein dreijähriger Knabe spurlos verschwunden. Ein dreijähriger Junge aus Rüppurr namens Ewald Springer, der mit seinem Vater auf dem Felde war und von diesem nach der etwa 400 Meter entfernten elterlichen Wohnung zurückgeschickt wurde, ist seit Montag verschwunden. Man vermutet, daß er in die Alb oder in den Mühlwiesenbach gestürzt ist. Feuerwehr und Polizei suchten Tag und Nacht vergeblich nach dem Jungen; auch die Gewässer wurden abgesucht. Am Dienstag erfolgte in den Abendstunden eine große Razzia des Scheibenhardter Waldes mit allen verfügbaren Polizeikräften und Polizeihunden, die sich bis tief in die Nacht erstreckte.

Badisches Landestheater. Zum 70. Geburtstage Friedrichs Kloses, des badischen Komponisten, geht, am Donnerstag, dem 1. Dezember, dessen dramatische Symphonie **„Ilsebill, das Märlein von dem Fischer und seiner Frau"**, von Viktor Pruscha neu einstudiert und unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz zum erstenmal wieder in Szene. Die führenden und wichtigen Partien liegen in Händen der Damen Fanz, (Ilsebill), Seiberlich, Frisch, Lenz, Rivinius und der Herren Nentwig (Fischer), Hospach, Kiefer, Löser, Oerner, Kalnbach, Nillius und Michael Schuster. — Torsten Hecht entwarf die Bühnenbilder, Margarete Schellenberg die kostümliche Ausstattung.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: Die Luftdruckverteilung hat sich für unser Gebiet zu einer Hochdruckwetterlage entwickelt, von der wir einige trockene Tage erwarten können. Die heute früh aufgezogene Bewölkung stammt von dem Warmluftvorstoß einer flachen Mittelmeerzyklone und ist mit Südostwinden über die Alpen auch nach Süddeutschland gelangt. Sie hängt nicht mit den im Norden Europas vorüberziehenden atlantischen Zyklonen zusammen, und kündigt keine bevorstehende Verschlechterung des Wetters an. — **Voraussage:** Fortdauer der trockenen Witterung, wieder meist heiter, Nachtfröste und Frühnebel.

Wasserstände: Waldshut 214 —6, Basel 23 —7, Kehl 258 —2, Maxau 427 —18, Mannheim 331 —31, Caub 269 —21.

Kurze Nachrichten aus Baden

DS. **Rastatt**, 29. Nov. Anläßlich des Bezirksliga-Fußballspiels zwischen dem Rastatter Fußballverein 04 und dem Karlsruher F. C. „Phönix" kam es nach Schluß der Veranstaltung zu **Tumultszenen**, in deren Verlauf Tätlichkeiten erfolgten. Kurz nach Schluß des Spieles, als die Spieler sich noch auf dem Rasen befanden, drangen die Zuschauer in großer Zahl auf den inneren Spielplatz ein, wobei die auswärtigen Spieler mit Fäusten, Füßen und Stöcken traktiert wurden.

DS. **Kork** bei Kehl, 29. Nov. Die **Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Kork** bei Kehl kann morgen auf eine **40jährige Wirksamkeit** zurückschauen. Mit zwei epileptischen Kindern damals im einstigen Bezirksamtsgebäude und früheren Amtshaus der Grafschaft Hanau-Lichtenberg eröffnet, umfaßt sie heute eine Reihe von Gebäulichkeiten, in denen ihre zur Zeit **225 Pfleglinge** nach Alter, Geschlecht und Grad des Leidens in verschiedene Abteilungen eingeteilt sind, gepflegt und verpflegt werden. Das einstige Eröffnungsgebäude ist jetzt Altersheim geworden für alleinstehende und gebrechliche alte Leute.

bld. **Schonach**, 29. Nov. Aus der Zeit der verschiedenen **Brände mehrerer Schwarzwaldhöfe** im hiesigen Gebiet sind die Ursachen bisher noch nicht aufgeklärt. Es wird **Brandstiftung** vermutet. Zur Aufklärung der Sachlage hat nunmehr die Staatsanwaltschaft in Offenburg namens der Badischen Gebäudeversicherungsanstalt in Karlsruhe eine **Belohnung in Höhe von 2000 RM.** ausgesetzt, wenn sachdienliche Mitteilungen gemacht werden, die zur Ermittlung des oder der Täter bei den Brandfällen in Schonach aus den Jahren 1931 und 1932 führen können. Die Versicherungsanstalt wird gegebenenfalls den erwähnten Betrag unter mehrere Personen verteilen.

bld. **Konstanz**, 30. Nov. Am heutigen Mittwoch ist der seitherige Leiter der Oberpostdirektion Konstanz, Präsident und Geh. Postrat, Julius **Kipphan**, in den Ruhestand getreten. In dreizehnjähriger Tätigkeit als Präsident der Oberpostdirektion Konstanz hat er sich die Sympathien nicht nur des nachgeordneten Personals — nach dem Stand von Ende Oktober 4000 Köpfe —, sondern auch all der Kreise, die mit ihm in Berührung kamen, erworben. Eine stattliche Anzahl wohlgelungener Post-Neu- und Umbauten, die vom technischen und künstlerischen Standpunkt aus als mustergültig anzusprechen sind, zeugen von seiner besonderen Befähigung auf diesem Gebiet. Weiter verdienen anerkennende Erwähnung die starke Ausbreitung des Selbstanschluß-Betriebs (70 SA.-Ämter), die Verkabelung des Fernsprechnetzes, der Bau und die Einrichtung des Rundfunk-Nebensenders in Freiburg, der Auf- und Ausbau des Postkraftfahrwesens (heute 64 Kraftpostlinien, insgesamt 179 Kraftfahrzeuge), die Verbesserung des Zustellwesens in Ort und Land bis zur Landpostverkraftung

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	30. November Geld	30. November Brief	29 November Geld	29 November Brief
Amsterdam 100 G.	169.33	169.67	169.33	169 67
Kopenhagen 100 Kr.	69.53	69.67	69.53	69.67
Italien . . 100 L.	21.46	21.50	21.49	21.53
London . 1 Pfd.	13.35	13.39	13.33	13.37
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50	16 465	16.505
Schweiz . . 100 Fr.	80.92	81.08	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

9,76 Milliarden Spareinlagen. Die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen beliefen sich Ende Oktober 1932 auf 9,76 Milliarden RM. gegenüber 9,78 Milliarden RM. Ende September dieses Jahres. Der Berichtsmonat weist mithin eine **Zunahme** um 26,52 Mill. RM. auf gegenüber einer Abnahme um 4,88 Mill. RM. im Vormonat. Im einzelnen betrugen die **Einzahlungen** 410,74 (366,05) Mill. RM., davon aus Aufwertung 10,53 (6,35) Mill. RM. und aus Zinsgutschriften 0,66 (1,51) Mill. RM. Die **Auszahlungen** stellten sich auf 384,22 (370,93) Mill. RM. Die Depositen-, Giro- und Kontokorrent-Einlagen stellten sich am Ende des Berichtsmonats auf 1,16 Milliarden RM. gegen 1,18 Milliarden RM. Ende September 1932.

Tiefstand des englischen Pfundes. Der Pfundkurs hat im Laufe des Dienstag einen Tiefstand erreicht, den er noch nie gehabt hat. Das Pfund wurde nur mit 2,14¾ Dollar notiert. Das bedeutet so viel, daß das englische Pfund nun 13,30½ RM wert ist. — Der Verfall der englischen Währung ist naturgemäß an den deutschen Exporthäusern nicht ohne Einfluß vorübergegangen, wenn man auch annehmen darf, daß die ungünstigen Erfahrungen vom Herbst 1931 zur Vorsicht gemahnt haben. Auch die Reichsbank besitzt einen größeren Bestand an Auslandswechseln, darunter solchen in Pfunden, auf dem zur Zeit ein Verlust von mehreren Millionen Reichsmark ruht. Das Risiko wird aber mit Vorbedacht getragen, um die deutsche Ausfuhr zu fördern.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Vereinigung der Nebenorte Giedensbach und Wälden mit dem Hauptort Ödsbach zu einer einfachen Gemeinde.

Die Vereinigung der Nebenorte Giedensbach und Wälden mit dem Hauptort Ödsbach zu einer einfachen Gemeinde Ödsbach wurde mit Wirkung vom 1. April 1933 an angeordnet.

Die Anordnung ist endgültig.

Karlsruhe, den 26. November 1932.

Der Minister des Innern:
Rückert, Staatsrat

Vier Wochen war der Papa krank,
Jetzt trinkt er wieder,
Gott sei Dank

seinen geliebten Wein von der
WEINKELLEREI
Estelmann
M.84 Karlsruhe, Herrenstr. 12

Bekanntmachung

Holzwertanleihestücke der Stadtgemeinde Engen betr.

Das Bad. Forstamt Engen hat den Durchschnittspreis für 1 fm Fichtennutzholz III. Klasse aus den Holzverkäufen der Stadtgemeinde Engen in der Zeit vom 1. Oktober 1931 bis 1. Oktober 1932 auf 11,62 RM festgesetzt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. Dezember 1932 fälligen Jahreszinsen aus der 6%igen Holzwertanleihe auf 0,70 RM. Die fälligen Zinsscheine werden wie folgt eingelöst:

5 fm mit 3,50 RM	½ fm mit 0,35 RM
2 fm mit 1,40 RM	¼ fm mit 0,18 RM
1 fm mit 0,70 RM	⅛ fm mit 0,09 RM

Die Einlösungsstellen sind auf den Zinsscheinen angegeben. M.157

Engen (Baden), den 21. November 1932.

Der Gemeinderat:
gez.: Herr, Bürgermeister.

Karlsruhe. C.734
Güterrechtsregistereinträge.
1. Zu Band II, Seite 302: **Heiser** Albert, Fabrikant, Karlsruhe und Emma geb. Mayer. Vertrag vom 13. Oktober 1932: Gütertrennung. 23. XI. 32.
2. Seite 303: **Maag** Berthold, Mechaniker, Karlsruhe und Anna geb. Wollensack. Vertrag vom 27. Juni 1932: Gütertrennung. 25. XI. 32.
Amtsgericht Karlsruhe.

Schwetzingen. S.250
Güterrechtsregistereintrag Bd. III, Seite 18: **Fischer** Adam, Korbmacher in Schwetzingen und Anna geb. Rohr. Vertrag vom 18. November 1932: Gütertrennung.
Schwetzingen, 28. Nov. 1932.
Bad. Amtsgericht I.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 1. Dez. 1932
* D 10 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem., III. S.-Gr., 2. Hälfte

Zum 70. Geburtstag des Komponisten

Neu einstudiert

Ilsebill

Das Märlein von dem Fischer und seiner Frau

Dramatische Symphonie von Klose

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Fanz, Lenz, Seiberlich, Frisch, E. Rivinius, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Nentwig, Oerner, Michael, Schuster, Nillius

Anfang 20. Ende nach 22½

Preise D (0,90—5 RM)

Fr. 2.12. Robinson soll nicht sterben. Sa. 3.12. Die ägyptische Helena. So. 4.12. Ilsebill. Im Konzerthaus: Kyritz-Pyritz.

Formulare und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert
G. Braun GmbH.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 14.

Auf die in Baden zugelassenen Lose der

24. Volkswohl-Lotterie

Ziehung vom 11.—18. 11. 32, entfielen folgende Gewinne:

Je 20 RM: Nr. 93 465, 514 972, 651 240.

Je 10 RM: Nr. 83 556, 93 005, 135 924, 231 500, 465 062, 515 246, 486, 968, 651 964.

Je 5 RM: Nr. 83 156, 748; 93 364, 641; 135 345, 467, 72; 231 036, 311; 382 085; 465 985, 92; 472 598, 665; 514 021, 283, 473; 515 526, 738; 651 950.

Je 2 RM: 83 028, 42, 69, 149, 71, 205, 45, 52, 79, 84, 96, 327, 39, 476, 95, 546, 54, 67, 96, 608, 78, 722, 28, 67, 77, 801, 26, 68, 95, 916, 21, 24, 53, 66, 79; 93 027, 45, 192, 95, 210, 94, 304, 19, 66, 91, 400, 18, 21, 25, 37, 52, 551, 626, 28, 34, 37, 58, 95, 790, 805, 13, 41, 53, 908, 65; 135 055, 63, 96, 154, 76, 88, 305, 14, 27, 89, 92, 96, 466, 95, 611, 44, 51 52, 82, 88, 721, 77, 884, 91; 231 051, 246, 81, 358, 84, 405, 51, 64, 517, 65, 701, 62, 95, 820, 48, 61; 382 015, 17, 51, 194, 200, 58, 79, 354, 76, 402, 25, 60, 517, 71, 79, 643, 785, 829, 907, 27, 36, 40, 72; 465 010, 25, 29, 57, 99, 103, 7, 83, 278, 395, 444, 99, 509, 14, 34, 71, 82, 649, 68 75, 99, 715, 23, 36, 49, 82, 811, 64, 81, 90, 962, 96; 472 068, 132, 58, 270, 76, 309, 61, 478, 81, 506, 652, 61, 76, 736, 89, 814, 927, 67, 77; 514 086, 126, 30, 63, 229, 59, 62, 414, 22, 513, 84, 617, 44, 87, 99, 702, 31, 41, 802, 15, 948, 56, 97; 515 110, 42, 214, 29, 87, 89, 351, 454, 56, 66, 519, 22, 83, 84, 610, 32, 57, 700, 35, 61, 71, 82, 818, 27, 36, 51, 58, 911, 52, 60, 84; 651 009, 36, 47, 55, 124, 57, 65, 67, 71, 87, 202, 5, 30, 46, 69, 301, 22, 29, 43, 73, 437, 72, 97, 508, 67, 608, 9, 17, 754, 87, 822, 81, 901, 13.

Einlösestelle für Baden: M.150
J. Stürmer, Lotterie-Unternehmer, Mannheim O 7, 11.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 48 — Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 281 — 30. November 1932

Südwestdeutsche Zähringerstädte

Von Joseph Ludolph Wohleb, Freiburg i. Br.

I.

Die Stauferzeit ist reich an klugen Stadtschöpfungen. Da und dort tauchen aus einem Nichts neue Namen auf, aus bis dahin unaufgeschlossenem Boden schießen jetzt jene Marktsiedlungen auf, welche, die Keimzellen von Wirtschafts- und Kulturzentren bergend, die künftigen Brennpunkte für Handel und Gewerbe und Kunstschaffen werden sollten.

Die Marktgründung der Könige begleitet die der Grundherren. Ihnen wohnt neben staatlicher Bewährung dieselbe wirtschaftliche und kulturelle Kraft inne.

Unter der nicht geringen Zahl gleichzeitiger Gründungen bilden die Schöpfungen der Zähringer, deren Musterbeispiel **Freiburg im Breisgau** darstellt, eine geschlossene Gruppe. „Systematisch hat dieses Geschlecht mit einem staunenswerten Weitblick seine Hausmacht in Südwestdeutschland und in der Schweiz durch seine Stadtgründungen befestigt und sich in diesen Städten Stützpunkte von überragender wirtschaftlicher, politischer und strategischer Wichtigkeit geschaffen. Mindestens ebenso bewundernswert ist aber der rechtliche und der siedlungstechnische Aufbau dieser Gründungen. Vor allem aber steht die Tat des Städtegründers von Freiburg im Breisgau, der in einer Zeit mit schlecht ausgebildetem Nachrichtendienst, schlechten Straßen, unsicherer Zukunft den Mut zu einer Stadtgründung aufbrachte und ihr eine Verfassung schenkte von scharf rechtlicher, ungekünstelter Klarheit mit sozialem und wirtschaftlichem Verständnis. Die siedlungstechnische Anlage ist, wie oft im Mittelalter, der konkrete Ausdruck für die abstrakte Rechtsform und ist von höchstem natürlichem städtebaulichem Verständnis getragen. Auf den rechtlichen und siedlungstechnischen Grundlagen von Freiburg fußen alle späteren Gründungen der Zähringer."

Also wertet in seiner soeben erschienenen, überaus wertvollen Arbeit über „Die Städtegründungen der Herzöge von Zähringen in Südwestdeutschland" (Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts in Freiburg im Breisgau, Band I, Freiburg 1932), Dr.-Ing. Ernst Hamm. Im einzelnen belegend und unbedingt überzeugend, führt er die zähringischen Schöpfungen auf eine Grundform zurück:

Alle Zähringer Gründungen sind **in der Nähe einer schon vorhandenen Siedlung** entstanden und haben zum Teil deren Namen übernommen, baulich waren sie von dieser vorhandenen Siedlung scharf getrennt.

Allen Zähringergründungen liegt ein großer gemeinsamer siedlungstechnischer Gedanke zugrunde, der die Verfassung äußerlich in der Grundrißgestaltung bezeugt, der nur in geringem Maße vom Gelände beeinflußt wird und der sich erstreckt:

auf das allen gemeinsame Straßenkreuz,

auf die allen gemeinsame ganze Grundrißgestaltung des Stadtplanes, der organisch einer bestimmten Hofstätteneinteilung und einem durch sie bedingten logischen Straßengerüst entsprungen ist,

auf die allen gemeinsame Art der Straßenbebauung und der Stellung der Häuser an der Straße (Traufenstellung),

auf die allen gemeinsame Lage des Marktes als Marktgasse im Zug des Hauptachsenkreuzes,

auf die allen gemeinsame Lage der Pfarrkirche, die mit Friedhof bei der Gründung auf dem Stadtplan ausgespart worden ist,

schließlich auf das allen gemeinsame Bestreben, die Stadt baldmöglichst durch eine Stadtmauer zu schützen. (Hamm S. 138.)

Soweit der siedlungstechnische Gedanke. Ebenso klar ist die Zielsetzung der zähringischen Marktgründungen: sie sind auf der Grundlage des Nahverkehrs geschaffen und suchen den Anschluß an den Fernverkehr; der Nahverkehr, Kleinhandel und Gewerbe, bilden die Grundlage der Lebensfähigkeit, der Fernverkehr, Groß- und Zwischenhandel, gewährleisten die Möglichkeit der Entwicklung. Den eigentlichen Stadtcharakter erhalten die Märkte in der Vollendung des Stadtrechtes durch die Selbstverwaltung und durch die Befestigung.

Als Musterbeispiel kann, wie gesagt, **Freiburg im Breisgau** gelten.

Freiburg wurde 1120 **von Berthold III. von Zähringen** in den Kranz zahlreicher Orte hinein gegründet. Für die Existenz der Siedlung war der Nahverkehr maßgeblich und entscheidend, für den Aufstieg der Anschluß an die Fernverkehrsstraße Frankfurt—Basel, die am Tuniberg drüben hinzog.

Daß Freiburg am Kreuzungspunkt einer Süd-Nordstraße mit einer West-Oststraße und seinetwegen geschaffen wurde, erweist sich immer deutlicher als Verkennung verkehrgeographischer Tatsachen und als Konstruktion, die Ergebnis und Voraussetzungen vertauscht.

Ein Dorf, von dem man so oft liest, bestand an der Stelle vorher jedenfalls nicht, ebensowenig das sagenumwobene Jagdhaus der Herzöge von Zähringen an der — gar nicht vorhandenen — Straßenkreuzung, das den Kern einer Siedlung von Dienstleuten, Jägern, Fischern und Bergleuten gebildet hätte.

Dagegen lag zu Füßen der Ostseite des Schloßberges und seiner 1191 von Berthold III. erbauten Burg eine Burgsiedlung, die spätere „Obere Au", die Burgsiedlung blieb, nie Vorstadt wurde und dadurch auch nie — wie die Vorstädte — in die Stadtbefestigung einbezogen war.

Das auffällige Straßenkreuz Freiburgs, das der Kaiserstraße einerseits und die Berthold- und Salzstraße andererseits bilden, nun, das ist eben bewußt geschaffen und vom Stadtgründer gewollt. Die Hauptsache, die „Große Gasse", die heutige Kaiserstraße, sollte die Stätte des Marktes sein, zugänglich von ihren beiden Enden her und durch die Nebenachse auch von Westen und Osten. Erst als Freiburgs Bedeutung zunahm, die Stadt die Verkehrsstraßen an sich zog und die frühere Marktstraße der Tore wegen Durchgangsstraße wurde, kamen zunächst Teile des Marktes auf den Münsterplatz, und schließlich wurde der ganze Marktbetrieb dahin gedrängt.

Stätte des Handels wurde der Münsterplatz zweifellos erst auf diesem Wege. Im Gründungsplan oder jedenfalls sehr früh, noch ehe die Blöcke überbaut waren, ausgespart, sollte die große Fläche abseits von der Unruhe des Alltags voran dem Bau der Pfarrkirche und der Anlage des Friedhofes dienen. An die spätern Ausmaße dieses Gotteshauses, des heutigen Münsters, hat allerdings in den Gründungstagen wohl keiner gedacht.

Vom großen Münsterplatz und der breiten Marktstraße abgesehen, war es eine eng umgrenzbare Welt, diese frühmittelalterliche Stadt! Der Verteidigungsfähigkeit halber mußte sie es sein. Denn, das letzte Merkmal des Gründungsgedankens, die Befestigung, war von vornherein geplant.

Die Schnittpunkte der Hauptstraßen mit der Stadtmauer sicherten vier Tore, einfache Türme mit Schießscharten über der Durchfahrt und flacher, zinnenbewehrter Plattform. Ein fünftes Tor scheint spätern Ursprungs. Von den heute noch vorhandenen ist das Martinstor das ältere (Wende des 12. Jahrhunderts), das Schwabentor das jüngere (Mitte des 13. Jahrhunderts). Dieses zeigt jenem gegenüber bereits eine Vervollkommnung: das Schwabentor war ursprünglich nach innen offen bzw. nur mit Bohlen zugeschalt, konnte also vom Feind, falls er es genommen hätte, nicht als Stützpunkt gegen die Stadt verwendet werden. Eine spätere Zeit sorgte für weitere Verbesserungen.

Einfach wie die Tore waren zunächst auch die Maueranlagen, deren Verlauf übrigens vielfältiger Umbauten für die Vaubanfestung des 17. Jahrhunderts wegen nicht überall sicher aufzeigbar ist. Die Stadtmauer besaß einen Zinnenkranz und wurde verteidigt durch Schießscharten, die der Verteidiger vom Wehrgang aus, einem hinter der Mauer aufgeschütteten, unbedeckten Weg, erreichen konnte. Des Wehrgangs halber mußte der innere Mauerring frei sein. Vor der Mauer dehnte sich ein ungleicher, 12 bis 20 Meter breiter und etwa 5 Meter tiefer trockener Graben, in dem Hirsche gehalten wurden.

Die Gründungszeit und die erste bauliche Entwicklung der Stadt mit der Anlage der Marktstraße, der übrigen Straßenzüge, der Verteidigungsbauten usw. waren zu Beginn des 13. Jahrhunderts abgeschlossen.

Dem Marktbesucher, der Freiburg beschaute, bot sich Eindruck einer zielsichern, klaren Schöpfung. Die Abhängigkeit der Stadt vom Gründer bekundete rein äußerlich ihre Lage zu Füßen des Schlosses der Zähringer. Und in der Tat war sie darüber hinaus ihr Gedanke und nur ihr Werk, wie die Gründung der mittelalterlichen Stadt überhaupt, die Städtebewegung an sich, das Werk weltlicher und geistlicher Fürsten darstellt.

(Schluß folgt.)

Die Badener in Deutschland

Als Auswirkung der anläßlich des Badner Heimattages 1930 ins Leben gerufenen **Arbeitsgemeinschaft der Badener** ist geplant, die überall im Reichsgebiet bereits bestehenden **Badener Vereine** zu Landesbezirken zusammenzufassen, und, gemäß den für die Arbeitsgemeinschaft ausgearbeiteten Richtlinien, Obmänner für die einzelnen Bezirke aufzustellen. Zu diesem Zwecke findet um die Weihnachts- oder Neujahrszeit in **Karlsruhe** eine Tagung des Arbeitsausschusses der Gemeinschaft der Badener statt. Die Aufstellung der Obmänner bezweckt vor allem die straffere Erfassung aller Landsleute im In- und Ausland. Auch von Baden selbst aus ist man in dieser Richtung besonders bemüht, indem vor einigen Tagen die badische Bevölkerung aufgefordert wurde, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft (Hofrat Dr. Franz **Schick**, Leipzig C 1, Gellertstraße 6) die im Auslande lebenden Landsleute und ihre Anschrift bekanntzugeben.

Die innerhalb Deutschlands vorgesehenen Bezirksobmänner sollen vor allem mit der Aufgabe betraut werden, eine Fühlungnahme zwischen den einzelnen Landesteilen und der Heimat und eine Gemeinschaftsarbeit einzuleiten. Neben der intensiven Pflege der kulturellen Verbundenheit mit dem Mutterland ist die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem zur Grenzmark gewordenen Badnerland und der neuen Wahlheimat die vornehmste Aufgabe der Gemeinschaftsarbeit. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, kommt der erstrebten stärkeren Aufsuchung **Badens als Ferienaufenthalt** besondere Bedeutung zu, zumal gerade dieses ausgesprochene Fremdenverkehrsland mehr als alle anderen Reisegebiete Deutschlands unter der Wirtschaftskrise zu leiden hat. Ferner beabsichtigt man die Führung **von Sonderzügen** aus den verschiedenen Tätigkeitsgebieten der Badner Vereine in das Badnerland. So hat der Badner Verein Kassel in diesem Sommer mit sehr gutem Erfolg einen Sonderzug für seine Mitglieder bereits durchgeführt, die hierbei starke Preisermäßigung erhalten hatten. Dem ideellen Gewinn der außerhalb Badens lebenden Landsleute aus solchen Ferienfahrten steht die aus den Besuchen ersprießende finanzielle Unterstützung der heimatlichen Fremdenindustrie und der mit ihr zusammenhängenden Erwerbszweige gegenüber. Die Sonderzüge erhalten 33⅓ Prozent Preisermäßigung, die je nach der Beteiligung auf 50 Prozent erhöht wird; keine andere Karte der Reichsbahn, insbesondere nicht die neue Ferienkarte, bietet so große Vorteile, wie diese Sonderzugskarten. Man darf hoffen, daß die Länderbezirke der Badnervereine an der Verwirklichung dieser Anregung tatkräftig mitarbeiten und so zusammen mit dem Mutterland auch die materielle Seite der aufgestellten Richtlinien der „Arbeitsgemeinschaft der Badener" zu erfüllen vermögen. Der Versammlung werden in dieser Richtung positive Vorschläge unterbreitet werden.

Es ist begrüßenswert, daß es den Bemühungen des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft in Verbindung mit dem Verkehrsverein Karlsruhe, von dem die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ausging, gelungen ist, die „Leipziger Illustrierte Zeitung" für die demnächstige Herausgabe einer **Sondernummer über das Badner Land** zu gewinnen. Hierbei werden der stellvertretende Vorsitzende und Schriftleiter des Landesvereins „Badische Heimat", Professor Hermann **Eris Busse**, der Badische Verkehrsverband und der Verkehrsverein Karlsruhe mitwirken.

Mein Heimatland

19. Jahrgang, Heft 8, Blätter für Volkskunde, Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Familienforschung, i. A. des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Busse, Freiburg i. Br.

Das letzte Heft des 19. Jahrgangs überrascht durch die Fülle der Beiträge wie der prächtigen Bilder und vielfältig sind die Anregungen, welche die einzelnen Aufsätze jedem Landsmann schenken. Einem wichtigen Gegenwartsproblem gelten die **„Stimmen zum Freiwilligen Arbeitsdienst"**, und zwar behandelt Dr. F. A. Bran die Aufgaben, Prof. Dr. W. Fischer, Pforzheim, das Thema Volksbildung und Arbeitslager, während A. Kirchenmaier abhebt auf den sinnvollen und sinnwidrigen Arbeitsdienst.

Vor den **„Neuen preußischen Richtlinien über Treibstoffreklame und deren Nachahmung"** warnt Oberbaurat Dr. Schmieder, Heidelberg, nur zu Recht. Es muß von den Treibstoff liefernden Firmen gefordert werden, von der Plakatierung der Landschaft und aller Ortseingänge ganz abzusehen, um dadurch die Preise für die Betriebsstoffe zu senken, dann ist dem Verbraucher wie dem Heimatschutz geholfen. Gute Anpreisungen gehören in die Tageszeitung, in der Natur draußen sind sie fehl am Platz. In das Gebiet der Denkmalpflege zählt der Beitrag von Dr. L. Finckh über den „Dappenstein" bei Gaienhofen. **„Auf Haus Sonnmatt in Hogschür"** feiern wir mit F. Federer den 65. Geburtstag des Malers Bartel, der selbst auch zu Wort kommt, einem aussterbenden Beruf, dem **„Strohdecker"** ein Gedenkblatt weiht mit feinen Proben seiner Pinselkunst. **„Sagen aus Seckenheim"** erzählt K. Wolber. Ein Blatt **„Aus einem Poesiealbum"** übergibt E. Schultz, Lörrach, und zwar handelt es sich um einen handschriftlichen Eintrag von J. P. Hebel aus seiner Erlanger Zeit, die ja noch immer ins Dunkel gehüllt ist.

Geh. Rat Dr. Lohmeyer veröffentlichte bereits in Heft 1/2 „Mein Heimatland" eine aufschlußreiche Arbeit **„Meine Markgräfler Vorfahren"**, die so eifrig und in verschiedensten Gegenden (auch im Ausland) studiert wurde, daß der Verfasser jetzt eine wertvolle Nachlese bringen konnte, in der wieder eine Reihe alteingesessener markgräfler Familien und deren Wirken in alle Welt hinaus aufgezeigt wird.

Ein Schmuckstück deutscher Volkskunst aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts ist der **„Bleibacher Totentanz"**, dessen Bedeutung W. Fladt, Freiburg i. Br., würdigt und ausgezeichnete Bilder beigibt, die den kostümgeschichtlichen Wert der 33 Tanzbilder (der Basler Totentanz hat 38 Darstellungen) erkennen lassen. Dem Schwarzwaldmaler und Tierzeichner **„Julius Steinel"** wird Prof. Dr. H. Schwarzweber in einer treffenden Studie gerecht und streift darin auch des Künstlers Betätigung auf dem Gebiete der Gebrauchsgraphik. Steinel gehört übrigens zu den wenigen Schülern Prof. W. Hasemanns, Gutach. Ins badische Frankenland führt O. Langguth, Wertheim, und entrollt in einem **„Sonderbaren Krieg"** ein fesselndes Kapitel aus der Geschichte der Stadt Külsheim. Der Landesverein Badische Heimat obliegt nicht nur dem Brückenbau im eigenen Land, sondern baut auch Wege und Stege zu den **„Badenern in der Fremde"**. Man wird staunend gewahr, wie stark doch das „Badische" draußen Blüten treibt und freut sich ob der Liebe, mit der hier Fäden geknüpft werden von der Heimat in die Fremde und umgekehrt von der Wahlheimat zur väterlichen Scholle. Eine Würdigung des **Ekkhart-Jahrbuches 1933**, das zum 14. Male seine Reise antritt und hoffentlich viele offene Türen findet, schließt sich an. Notizen aus dem ganzen Lande folgen, familienkundliche Neuerscheinungen bespricht Landrat P. Strack, der bekannte Förderer der Familienforschung überhaupt.

Der vorbildlich ausgestatteten Zeitschrift ist das Inhaltsverzeichnis für den 19. Jahrgang eingeheftet. Tu einen Blick hinein, lieber Landsmann, und du bist überzeugt, daß es lohnt, hier mitzuarbeiten, zumal die rein uneigennützigen und ideellen Bestrebungen der „Badischen Heimat" gelten: unserem Land, Volk und Staat. Da gerade dieses Inhaltsverzeichnis erneut beweist, daß die ganze, schöne Bewegung unter gesundem Atem steht, sich auch von modernen, jedoch nicht modischen Gesichtspunkten leiten läßt, sei zum Jahresabschluß der Leitung wie dem Herausgeber, Hermann Eris Busse, den wir ja alle kennen, ein herzliches Wort ehrlicher Anerkennung gezollt.

Druck G. Braun, Karlsruhe